

Gemeinsame Pressemitteilung der Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL, 6. September 2012

Flüchtlingsprotestmarsch von Würzburg nach Berlin

Beginn: 08. September mit großer Auftaktkundgebung um 14 Uhr am Marktplatz in Würzburg / Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL unterstützen die Forderungen der Flüchtlinge

Der Suizid des iranischen Flüchtlings Mohammad Rahsepar im Würzburger Flüchtlingslager am Anfang dieses Jahres hat bundesweite Proteste von Flüchtlingen ausgelöst. Nachdem Flüchtlinge aus Würzburg mit einem monatelangen Protestcamp in der Innenstadt auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam machten, folgten Asylsuchende aus neun Städten ihrem Beispiel. Immer wieder traten Flüchtlinge hierbei in den Hungerstreik. Die nunmehr sechsmonatigen Flüchtlingsproteste gipfeln jetzt in einem gemeinsamen Protestmarsch von Würzburg nach Berlin. Zu Fuß werden Flüchtlinge aus verschiedenen Lagern ihre Forderung nach einer Abschaffung der Flüchtlingslager und der Residenzpflicht sowie eines Abschiebestopps zu den politisch Verantwortlichen in Berlin tragen.

Am Samstag, den 08. September, um 14 Uhr findet die Auftaktkundgebung am Marktplatz in Würzburg statt. Direkt im Anschluss wird der ca. einmonatige Protestmarsch beginnen. Die 600 km lange Route wird die Flüchtlinge von Würzburg über Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg nach Berlin führen. Auf der Route sollen sich Flüchtlinge und UnterstützerInnen dem Marsch anschließen.

Auf dem Weg wird mit Veranstaltungen und Demonstrationen vor Ort auf die ausweglose Situation vieler Flüchtlinge in Deutschland aufmerksam gemacht: Oftmals sind Flüchtlinge gezwungen, über Jahre hinweg unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern zu leben, unterliegen (faktischen) Arbeitsverboten und dürfen aufgrund der so genannten Residenzpflicht ihr Bundesland bzw. ihren Landkreis nicht verlassen. Gleichzeitig hängt über vielen das Damoklesschwert der Abschiebung. Akut bedroht sind zum Beispiel Roma aus dem Kosovo, die mit Sammelcharters in Obdachlosigkeit und Elend abgeschoben werden. Zudem wurden zum Beispiel viele Asylsuchende aus Afghanistan und dem Irak nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern leben lediglich geduldet in Deutschland bis ihre Abschiebung möglich wird. Die tägliche Angst vor der Abschiebung und die Isolation von der Gesellschaft stellen eine immense psychische Belastung dar. So ist auch die Selbsttötung von Mohammad Rahsepar leider kein Einzelfall. Allein in 2010 wurden vier Suizide und 46 Suizidversuche von Flüchtlingen in Deutschland dokumentiert.

Die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL schließen sich den Forderungen der Flüchtlinge an und rufen zur Unterstützung des Protestmarsches auf. Die Flüchtlinge sind dringend auf Spenden für Verpflegung, Logistik und Öffentlichkeitsarbeit während des Marsches angewiesen. Spendenkonto: Förderverein Karawane e.V. | GLS Gemeinschaftsbank eG | Stichwort: Protestmarsch Berlin | Kontonummer: 4030780800 | Bankleitzahl: 43060967

Der gesamte Protestmarsch wird auf www.refugeetentaction.net dokumentiert werden.

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Ashkan Khorasani | Sprecher des Protestmarsches | Tel. 0176 79837911 | E-Mail: Ashkan.Khorasani@gmail.com
PRO ASYL | Pressestelle | Tel. 069 230695 | E-Mail: presse@proasyl.de
Tobias Klaus | Bayerischer Flüchtlingsrat | Tel. 089 762234 | E-Mail: klaus@fluechtlingsrat-bayern.de